Nr. 354 2. Ausgabe

Sonntag, 29. Dezember 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13 5 28, 13 5 38, 13 5 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile oder für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Listen- oder Kunstsatz 10% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Annahme und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsre Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; B mit „Illustr. Neueste" monatl. M 1.55, vierteljährl. M 4.65. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96; B mit „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.49, vierteljährl. Kr. 7.47. Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Beratung des Zentralrats mit den Volksbeauftragten

Die Rettung heißt Arbeit

Eine Programmrede des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes

Von unserm -r-Mitarbeiter

Berlin, 28. Dezember

Die tausend Masten, mit denen das von Reichskämmern schwere Deutschland am 4. August 1914 auszog, sind zerbrochen im Sturmwind eines unglücklich verlaufenen Krieges. Still auf gerettetem Kahn treiben wir in den Hafen. Aber ist selbst dieser Kahn gerettet? Sind wir nicht nackt und bloß als volle Schiffbrüchige auf ein ödes Riff geworfen worden? Die Dinge stehen heute so, daß niemand weiß, ob Deutschland eine Zukunft hat, und daß wir gleichzeitig im innersten Herzenskämmerlein hoffen, es werde sie trotz allem haben, wenn es ernstlich will. Wovon aber hängt es ab, daß dieser Wille sich durchzuleben vermag?

Von dem Wege, den die deutsche Wirtschaft aus den Dunkelheiten des Tages in ein lichteres Land sucht. Ein Ueberblick über unsre Lage in wirtschaftlicher Beziehung wirkt geradezu niederdrückend. Die Hoffnung ging dahin, daß wir nach dem Kriege einfach wieder da anfangen könnten, wo wir im Hochsommer vor vier Jahren aufhörten. Das ist heute unmöglich. Unsre innere Wirtschaft liegt unter dem zermalmenden Druck unsrer innerpolitischen Verhältnisse. Auf dem Weltmarkte haben unsre Feinde zielbewußt und gründlich alles zerstört, was deutscher Unternehmungsgeist und deutsche Leistung in vier Jahrzehnten aufgebaut hatten. Es gibt nur eines, was helfen kann. Wie nach einem Worte Montecuccolis zum Kriegführen Geld und wiederum Geld und zum letztenmal Geld gehört, so ist für uns die einzige Münze, die in den nächsten Jahrzehnten drinnen und draußen ihrem vollen Werte nach honoriert werden wird, gedoppelte und verdreifachte Arbeit. Nur durch rastlose, ernsteste Arbeit kann das deutsche Volk sich behaupten und retten.

Auf diesen Ton waren auch die Ausführungen abgestimmt, mit denen gestern der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller vor einem größeren Kreise von Pressevertretern das Programm unsrer wirtschaftlichen Zukunft der nächsten Jahrzehnte umriß. Auch er sparte mit den dunklen Farben nicht, als er das Bild unsrer wirtschaftlichen Gegenwart zeichnete. Er ging davon aus, daß dieses Programm obendrein völlig in der Luft schwebt, da wir weder eine endgültige Regierung, noch ein Parlament, noch irgendwelche Gewißheiten über die weitere Gestaltung der Dinge bei uns haben. Ein kurzer Rückblick auf die wirtschaftliche Entwicklung vor dem Kriege leitete eine Schilderung der Lage ein, wie sie sich während des Krieges vorbereitete und dem Auge des Betrachters heute darbietet. Nach der Ueberzeugung des Staatssekretärs darf man die Drohungen unsrer Feinde gegen die deutsche Wirtschaft „nicht auf die leichte Achsel nehmen". Sie können über die Rohstofflager der Welt frei verfügen, vermögen durch eine rücksichtslose Preispolitik ein Wiedererstarken der deutschen Ausfuhr zu unterbinden, können ihre Kriegsindustrie leichter umstellen und haben sich schließlich den Vorteil zu sichern gewußt, da, wo wir Monopole hatten, Bresche in die deutschen Mauern zu schlagen. Wir erinnern nur an das Kalimonopol und den Uebergang der Reichskalifelder im Westen in französische und dadurch amerikanische Hände. Wir aber müssen nicht nur für uns den kostspieligen Krieg bezahlen, sondern auch für unsre Bundesgenossen, und durch die gefährliche Lohnpolitik der letzten Wochen ist die sowieso schon schwer leidende deutsche Industrie völlig konkurrenzunfähig geworden. Wir müssen gänzlich neue Mittel anwenden und absolut neue Wege aufsuchen.

Erstes Gebot ist die Rationalisierung der Produktionsmethode und dabei selbst in erster Linie wieder die Erreichung der größtmöglichen Intensität der deutschen Landwirtschaft. Alle Bestrebungen dieser Richtung sind durch ein neu eingerichtetes landwirtschaftliches Referat im Reichswirtschaftsamte zentralisiert. Die Regelung der Erzeugung und Verteilung sowie der Ersparnis an elektrischer Kraft, die äußerste Ausnutzung und Ertragssteigerung unsres wertvollsten Besitzes, der Kohle, die Typisierung und Normalisierung des industriellen Erzeugnisses nach englischem und amerikanischem Vorbilde sind weitere Punkte des Programms.

Das Ziel aber, das über allem schwebt, ist, Deutschland nach Möglichkeit selbständig zu machen. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist das eine Mittel, ein zweites die Unterbringung möglichst vieler Arbeitskräfte im eigenen Lande zur Verhinderung der Auswanderung. Dazu muß das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter auf eine neue Basis gestellt werden und Hand in Hand mit der Schaffung möglichst vieler Arbeitsgelegenheiten muß eine großzügige innere Kolonisation gehen in der Richtung einer gesunden Mischung zwischen Großgrundbesitz und mittlerem und Kleinbesitz. Ein drittes und letztes Mittel wäre die Förderung deutscher einheimischer Industrien, die, wie die Stickstofferzeugung und die Faserstoffproduktion, den Kauf bei unsern Feinden unnötig machen. Wir müssen mit dem auszukommen suchen, was wir haben. Und daher legte der Staatssekretär besonderes Gewicht darauf, daß der Konsument sich auf die Lage der Dinge einstellt.

Von besonderem Interesse aber war, daß der Staatssekretär, obgleich er in sozialdemokratischer Gedankenwelt groß geworden ist, die Sozialisierung, die vielbekundete, nur als ein Mittel zum Zweck und nicht als Selbstzweck betrachtet wissen will und erklärte, daß es nicht unsre Aufgabe sein könne, Pfandobjekte für unsre Feinde zu schaffen.

Hochspannung

Ohne daß etwas irgendwie Zuverlässiges über die Sitzung im Zentralrat, die bis spät in den gestrigen Abend dauerte, und über die anschließende Beratung des Kabinetts zu erfahren war, geht doch aus den Berliner Abendblättern und allen Gerüchten, die in Berlin freies Spiel haben, hervor, daß der Kessel dort bis zum Platzen überheizt ist. Man rechnete gegen Abend noch entfernt mit der Möglichkeit eines weiteren Zusammenarbeitens der beiden sozialistischen Parteien in der Regierung und insofern nur mit einer teilweisen Personenänderung, aber wie der „Lokal-Anzeiger" abends berichtete, erhielten sich auch die Gerüchte von der bevorstehenden Konstituierung einer Regierung Ledebour-Liebknecht-Eichhorn. Es wird, wie dasselbe Blatt meldet, „mit allen Mitteln gearbeitet, um Verwirrung anzurichten, und es seien die in Berlin weilenden Zeitungskorrespondenten aus den Ententeländern von der Herrn Eichhorn nahestehenden Polizei gewarnt worden, daß gegenrevolutionäre Offiziere sie aufheben wollten, um damit der Entente Veranlassung zum Einmarsch zu geben. Die Lage erscheine vollkommen verworren und werde als äußerst ernst angesehen. Man meint, daß jede Stunde neue Ereignisse eintreten könnten. Trotzdem habe man in politischen Kreisen noch nicht überall das Vertrauen verloren, daß es dem Zentralrat, der nun die Entscheidung über die Politik in die Hand genommen hat, letzten Endes gelingen könnte, stabile Verhältnisse zu schaffen."

Wie weiter berichtet wird, bestehen die Regierungsmitglieder aus der alten sozialdemokratischen Partei auf einer reinlichen Scheidung zwischen Ordnungs- und terroristischer Gewaltpolitik und es kann kaum ein deutlicheres Anzeichen für die Hochspannung geben, als daß nun auch die Deutsche demokratische Partei es für notwendig hält, in Berlin auf der Straße zu demonstrieren. Die Deutsche demokratische Partei erläßt folgenden Aufruf an die Groß-Berliner Bürgerschaft: „Auch wir Demokraten müssen auf die Straße für die demokratische Republik, gegen Spartakus und den Terror der Minderheit. Schutz für Wahl zur Nationalversammlung! Morgen Sonntag mittag, Wetter gleichgültig, auf zur Demonstration unter freiem Himmel! Pünktlich 12 Uhr! Sammelpunkte: Wittenbergplatz, [illegible], Großer Stern, sowie die für 10 Uhr einberufenen zwölf Versammlungen der Deutschen demokratischen Partei. Marschziel: Moltkedenkmal am Königsplatz."

Auch in München bereiten sich offenbar sehr ernste Ereignisse vor. Einen von dem Minister des Innern Auer und dem Justizminister Timm an der Spitze unterzeichneten Aufruf zur Bildung einer Bürgerwehr haben die Kommunisten sofort als Bildung einer Weißen Garde erklärt, der eine Rote Garde entgegengestellt werden müßte. Die Diktatur des Proletariats müsse mindestens ein Menschenleben lang dauern. — Daß es da kein Kompromiß, nur eine unzweideutige Entscheidung geben kann ist klar. In diesem Sinne äußert sich auch am Sonnabend abend der „Vorwärts", indem er erklärt: „Nach unsrer Meinung ist ein weiteres Zusammenarbeiten nur dann möglich, wenn die Unabhängigen bereit sind, die ganze Energie der inneren Regierungspolitik auf die Sicherung der Wahlen zu richten und zu diesem Zwecke alle notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Das macht eine scharfe Kampfstellung gegen den Spartakusbund, der dem Volke das Selbstbestimmungsrecht rauben will, selbstverständlich."

Die Lage ist auch in den späteren Abendstunden noch völlig ungeklärt. Wir erhielten noch die folgenden Meldungen:

r. **Berlin**, 28. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der Stadtkommandant von Berlin, Wels, hat sein Amt zur Verfügung gestellt, weil er nicht mehr für die Sicherheit garantieren könne und weil er sich im übrigen gesundheitlich nicht mehr stark genug fühle, um die Verantwortung zu tragen. — In der gemeinsamen Sitzung der Volksbeauftragten und des Zentralrates ist es bis in die neunte Abendstunde hinein noch zu keinem Abschluß der Verhandlungen gekommen. Es ist über die vollständige Entlassung aller Truppen, über die Beseitigung der Offizierskennzeichen usw. verhandelt worden, auch über die Auffassung der Mitglieder der sozialdemokratischen Mehrheit im Kabinett, nämlich über die Schaffung und Aufrechterhaltung einer hinreichenden bewaffneten Macht. Die Mitglieder des Zentralrates haben erklärt, daß sie sich fürs erste damit begnügen wollten, zuzuhören, um alsdann für sich allein eine Beratung abzuhalten. Erst deren Ergebnis werden sie in der gemeinsamen Sitzung zum Vortrag bringen. Ob eine endgültige Klärung der Lage zustande kommt, ist zum mindesten fraglich, denn bis zur Stunde scheinen die Mitglieder des Kabinetts aus der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei zum mindesten nicht abgeneigt zu sein, in der Regierung zu verbleiben.

+ **Berlin**, 28. Dezember 10 Uhr 50 Min. (Eigener Drahtbericht.) Nach 8 Uhr haben sich die Mitglieder des Zentralrats zu einer geschlossenen Beratung zurückgezogen, die gegen 11 Uhr noch andauert. Auch das Kabinett berät weiter. Die Entschließung des Zentralrats wird vermutlich erst spät in der Nacht dem Kabinett mitgeteilt werden. Es gehen Gerüchte über die Möglichkeit einer Verständigung mit der jetzigen Regierung. Jedenfalls wird der Sonntag infolge der Aufrufe an die Volksmassen ein sehr kritischer Tag werden.

Trinksprüche im Buckinghampalast

× **London**, 27. Dezember. (Reuter.) Auf dem Staatsbankett im Buckinghampalast zu Ehren Wilsons sagte der König u. a.: „Wir bewillkommnen Sie als einen Mann, dessen Einsicht, Ruhe und Würde bei der Erfüllung seiner hohen Pflichten wir bewundernd verfolgten. Sie kamen als das offizielle Haupt und als Wortführer eines mächtigen Gemeinwesens, das mit uns durch enge Bande verknüpft wurde. Wir sehen ein Band von noch tieferer Bedeutung in den gemeinsamen Idealen, welche unser Volk hochhält. Am höchsten von diesen Idealen schätzen wir und Sie die Einheit und den Frieden, und als wir das Vorrecht hatten, im internationalen Leben Vertreter der Prinzipien der auf gleichen Gesetzen beruhenden Selbstregierung der Völker zu sein und das Beispiel dafür zu geben, fällt beiden gleicherweise die Aufgabe zu, darauf zu achten, wie diese Grundsätze über unsre Grenzen hinaus zum Schutze der Welt angewendet werden können. Die Liebe zur Freiheit und Achtung vor dem Gesetz, der gute Glaube an die heiligen Rechte der Menschheit haben Sie in die alte Welt geführt, um zu helfen, sie aus den Gefahren zu retten, die sich um sie herum zusammenzogen. Sie sind gekommen, um an dem Aufbau neuer Staaten zwischen den Ruinen derjenigen, welche der Krieg zertrümmerte, mit zu helfen, um dauerhafte Grundlagen für eine Regelung herzustellen, die Bestand hat, weil sie sich auf die Zustimmung befreiter Nationalitäten gründet. Sie haben der Hoffnung des amerikanischen Volkes wie auch unsrer Hoffnung beredten Ausdruck gegeben, namentlich daß ein Plan entworfen werden müsse, durch den die Gefahr künftiger Kriege wenn möglich abgewendet werden kann, und der die Nationen von der unerträglichen Last, welche die Furcht vor dem Kriege allen aufgebürdet hat, befreit."

Wilson antwortete: „Ew. Majestät! Ich bin sehr geschmeichelt durch Ihre freundschaftlichen Worte. Die Begrüßung, die Sie mir und Frau Wilson bereitet haben, war so warm, so natürlich und so ausgesprochen herzlich, daß wir mehr als befriedigt sind. Wir sind gerührt, und ich glaube diese Begrüßung richtig auszulegen, wenn ich annehme, daß aus ihr nicht nur Ihre eigene großartige Gesinnung gegen unsre Personen spricht, sondern auch die des Volkes, an dessen Spitze Sie stehen, gegenüber meinem Volke, dem Volke der Vereinigten Staaten. Denn Sie, Sire, und ich verkörpern den Geist der großen Nationen, und die Kraft und Macht, über die ich verfüge, besitze ich nur so lange und insoweit, als ich die Geistesrichtung und die Ziele des amerikanischen Volkes zum Ausdruck bringe. Der Einfluß, den das amerikanische Volk auf die Angelegenheiten der Welt besitzt, läßt sich in seiner Sympathie mit den Bestrebungen der freien Männer auf der ganzen Welt messen. Amerika liebt die Freiheit, und ich glaube, daß es die Freiheit selbstlos liebt. Ich hatte das Privileg, hier mit den Führern Ihrer eigenen Regierung und den Wortführern der Regierungen von Italien und Frankreich zu sprechen. Es freut mich, sagen zu können, daß ich dieselbe Auffassung wie Sie von der Bedeutung und dem Umfang der Pflicht habe, die uns gemeinsam obliegt. Wir haben alle große Worte ausgesprochen. Wir haben die großen Worte Recht und Gerechtigkeit ausgesprochen. Jetzt müssen wir zeigen, ob wir diese Worte verstehen oder nicht und wie sie im einzelnen auf die Abmachungen anzuwenden sind, die diesen Krieg abschließen müssen. Wir müssen sie nicht nur verstehen, sondern wir müssen auch den Mut haben, nach unsrer Ansicht zu handeln. Nachdem ich das Wort „Mut" ausgesprochen habe, drängt sich mir die Ueberzeugung auf, daß es mehr Mut erfordern würde, der großen, moralischen Strömung Widerstand zu leisten, die jetzt durch die Welt geht, als ihr nachzugeben und zu gehorchen. Durch die Herzen der Menschen geht jetzt eine große Strömung. Die Menschen sind sich wie zuvor dessen bewußt gewesen, wie wenig Unterschied zwischen Recht und Gerechtigkeit in den verschiedenen Breitengraden und unter den verschiedenen Staatsgewalten besteht. Es muß, wie ich glaube, unser festes Vorrecht sein, nicht nur das moralische Urteil der Welt auf unsre Regelungen, die wir anstreben werden, anzuwenden, sondern auch die moralische Kraft der Welt zu organisieren, um diese Regelungen zu bewahren, die Kräfte der Menschheit in sichere Bahnen zu leiten und das Recht und die Gerechtigkeit zur vorherrschenden und alles beaufsichtigenden Macht der Welt zu machen."

Keine Intervention der Entente in Rußland

* **Lugano**, 28. Dezember. Nach einer offiziösen Meldung des „Secolo" aus Paris verzichten Frankreich und England unter dem Drucke der extremen Parteien auf die Intervention in Rußland.

Die Wahlen und das Verhältniswahlrecht

Die neuen Wahlgesetze, die das Verhältniswahlsystem einführen, sind für die große Mehrzahl der Wähler leider in einigen Punkten recht dunkel. Das war nicht zu vermeiden, weil bei der Durchführung des einfachen Grundgedankens, daß jede Partei nach dem Verhältnis der ihr zugefallenen Stimmen vertreten sein soll, große Schwierigkeiten entstehen, die man erst bei sorgfältiger Ueberlegung und durch lange Erfahrung erkennt. Nur wer mit ihnen vertraut ist, kann verstehen, warum die Wahlvorschriften nicht gemeinverständlicher abgefaßt worden sind.

Bisher war es im politischen Leben Deutschlands vorwiegend üblich, daß jeder Abgeordnete einen Wahlkreis vertrat. Gewählt war, wer in der Hauptwahl oder der Stichwahl mehr als die Hälfte aller Stimmen erhielt. Die Minderheit blieb also unvertreten, auch wenn ihre Wählerzahl nur wenig hinter der Stimmenzahl der siegreichen Partei zurückstand. Will man nun den Minderheiten eine verhältnismäßige Vertretung sichern, so läßt sich offenbar der Grundsatz nicht aufrechterhalten, daß sämtliche Stimmen eines Wahlkreises nur für die Wahl eines einzigen Abgeordneten Bedeutung haben, man muß vielmehr die Möglichkeit geben, daß die Stimmzahlen der Parteien im ganzen Lande oder doch in größeren Bezirken gesammelt und einer Verteilung der Mandate zugrunde gelegt werden. — An sich ist es mit einer solchen Verhältniswahl wohl verträglich, daß der Wähler nur für einen Kandidaten seine Stimme abzugeben hat (einnamige Stimmgebung). Die großen Schwierigkeiten, die dabei entstehen, können aber hier übergangen werden, weil unsre Wahlgesetze vorschreiben, daß jeder Wähler seine Stimme für ebensoviel Kandidaten abgeben kann, wie in seinem Wahlkreis überhaupt zu wählen sind. Deshalb haben wir jetzt für Reichs- und Landeswahlen die großen Wahlkreise, in Sachsen nur drei, obwohl für die Nationalversammlung 22, für die Landesvertretung sogar 96 Abgeordnete zu wählen sind. Der Wähler stimmt also nicht für einen einzelnen Kandidaten, sondern für eine ganze Liste zugleich, man spricht deshalb von mehrnamiger Stimmgebung und Listenwahl.

Wollte man nun — was sehr wohl denkbar ist — dem Wähler überlassen, seine Liste ganz frei selbst zusammenzustellen, so würde man eine fast unübersehbare Mannigfaltigkeit erhalten, die eine genaue Ermittelung des Wahlergebnisses äußerst erschweren, ja in großen Wahlkreisen geradezu unmöglich machen würde. Deshalb ist die Freiheit des Wählers in diesem Punkt eingeschränkt. Er ist daran gebunden, seine Stimme für eine derjenigen Vorschlagslisten abzugeben, die rechtzeitig vor der Wahl von einer Parteigruppe eingereicht sind. Das versteht man unter dem System der gebundenen Listen. Unsre Wahlgesetze schreiben zwar nicht vor, daß jeder Wahlzettel unmittelbar der von einer Vorschlagsliste irgendwie abweiche (strenge gebundene Listen). Die Aenderungen bleiben aber unberücksichtigt, solange zu erkennen ist, daß der Wähler sich eindeutig für einen bestimmten Wahlvorschlag ausspricht. Seine Stimme wird dann als für den unveränderten Vorschlag abgegeben gezählt. Der Wähler kann also nicht aus den verschiedenen Vorschlagslisten sich die Kandidaten aussuchen, die ihm besonders zusagen (man nennt das: die Listen panaschieren, was etwa mit buntscheckig machen zu übersetzen wäre), er kann auch nicht mit Aussicht auf Berücksichtigung die Reihenfolge der Namen auf der Liste ändern. Es gilt immer die Reihenfolge der Vorschlagsliste, nicht die auf dem Stimmzettel. Diese Reihenfolge ist aber äußerst wichtig. Da die Mandate verhältnismäßig auf die Listen verteilt und auf jeder Liste die Kandidaten nach der Reihenfolge, in der sie benannt sind, berücksichtigt werden, hat der an erster Stelle benannte Kandidat, auch wenn seine Partei nicht sehr groß ist, viel bessere Aussicht, gewählt zu werden, als jeder nach ihm benannte. Wer an letzter Stelle selbst auf der Liste der stärksten Partei steht, wird fast sicher nicht gewählt werden und kommt nur als Ersatzmann in Betracht. Wenn nämlich ein Abgeordneter ausscheidet, findet keine Ersatzwahl statt, an seiner Stelle tritt einfach ein Nachmann aus seiner Parteiliste ein. Man sieht daraus, wie bedeutungsvoll die Aufstellung der Vorschlagslisten ist und welche Macht bei allen Listenwahlen die Parteileitungen haben, die doch fast immer die Vorschlagslisten zusammenstellen und einreichen werden.

Wie werden nun die Stimmzahlen auf die Listen verteilt? Am besten macht man sich diese sehr schwierige Frage an einfachen Beispielen klar. Im folgenden sind daher keine Zahlen aus der Wahlpraxis, sondern ganz einfache Reihen benutzt, die den Grundgedanken möglichst leicht erkennen lassen.

Zunächst scheint die Verteilung keine Mühe machen zu können. Sind etwa 10 Abgeordnete zu wählen und hat von 10 000 Wählern die stärkste Partei 5000, die zweite 3000, die letzte 2000 Stimmen erhalten, so sind dann eben von der Liste der ersten Partei 5, von der der zweiten 3 und von der Liste der letzten Partei 2 Kandidaten gewählt. Natürlich geht aber die Rechnung bei einer Wahl niemals glatt auf. Es bleiben immer Reste und die gerechte Behandlung dieser Reste ist das eigentliche Problem bei der Verteilung. Es liegt am nächsten, nach der jedermann bekannten Regeldetri eine Verteilungsziffer (den „Wahlquotienten") zu suchen und die größten Reste zu berücksichtigen, wie folgendes Beispiel zeigt: Angenommen, es sind 9000 Stimmen insgesamt abgegeben und 10 Abgeordnete zu wählen. Auf je 900 Stimmen entfällt also 1 Abgeordneter. Die Verteilungsziffer ist also 900. Von den drei Parteien, die Vorschläge eingereicht haben, erhielten:

Liste A 4000 Stimm., also 4 Mandate (4×900; Rest 400).
Liste B 3200 Stimm., also 3 Mandate (3×900; Rest 500).
Liste C 1800 Stimm., also 2 Mandate (2×900; kein Rest).

Damit sind 9 von den 10 Mandaten verteilt.